

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



UMBENENNEN?!

Ein kooperatives Ausstellungsprojekt zu Berlins Straßennamen
in Geschichte und Gegenwart

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
+49(0)30-263 9890 39
info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Dr. Karoline Georg stellvertr. Vorsitzende

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Robert Bauer

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Lotte Thaa

Franziska Thole

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Katalogdruck Berlin

www.katalogdruck-berlin.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto:

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEVB33XXX

Bildrechtenachweis

Titel Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Foto: Jürgen Henschel

S. 2 Stiftung Topographie des Terrors, Berlin,
Foto: Jürgen Kramer

S. 3 Foto: Mara Grehl, Berlin

S. 4 Bundesarchiv, Bild 183-09919-0004, Foto: Horst Sturm

S. 5 Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Foto: Jürgen Henschel

S. 6 Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Foto: Jürgen Henschel

S. 8 Nachlass Hans Peter Stiebing (apabiz e.V., Berlin)

S. 9 Bild-Archiv Paul Glaser, Berlin

S. 10 Foto: Cornelia Siebeck, Berlin

S. 11 Foto: Cornelia Siebeck, Berlin

S. 15 Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Foto: Jürgen Henschel

S. 18 Foto: Holger Hübner, Berlin

S. 19 Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 3 umbenennen?!**
Ein kooperatives Ausstellungsprojekt zu Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart
Antonia Wolff
- 8 „Es darf kein Gras darüber wachsen“.**
Ein Projekt zum 40. Jahrestag der Aktion „1933–1945 Nachgegraben“
Cornelia Siebeck für die Projektgruppe „Nachgegraben revisited“
- 13 Historisierung der bundesrepublikanischen Geschichts- und Gedenkstättenbewegung der 1980er-Jahre. Ein Literaturbericht**
Cornelia Siebeck
- 18 „Ich war der einzige, der helfen konnte“.**
Laudatio auf Otto Jogmin am 14. August 2024 anlässlich der Enthüllung einer Berliner Gedenktafel am Haus Wielandstraße 18 in Charlottenburg
Johannes Tuchel
- 21 Quellen zu den Deportationen aus Berlin.**
Anmerkungen zur Recherche und Forschung
Akim Jah
- 24 Möckernkiez-Gedenkkonzert für Ilse Weber, Viktor Ullmann, Hans Krása und Gideon Klein am 13. Oktober 2024**
Johann Behrens

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Einerseits können wir als Verein auf ein äußerst erfolgreiches Jahr zurückblicken: Unsere mit außergewöhnlich vielen Mitgliedern und Freiwilligen erstellte digitale Ausstellung zu den „Zwangsräumen“ hat sehr viel Anklang gefunden und ist sogar für den Grimme Online Award 2024 nominiert worden! Mitte Oktober konnten wir in der Topographie des Terrors den opulenten Begleitband zur Ausstellung vorstellen. Die Arbeit an den Ausstellungen zur Geschichte der Berliner Straßennamen ist angelaufen. Und auch die Online-Ausstellung, die nach 40 Jahren an die symbolische Grabungsaktion auf dem damals brachen „Gestapo-Gelände“ erinnern wird, wächst und gedeiht.

Zu all diesen tollen Projekten finden sich ausführliche Berichte hier im Rundbrief, wie auch zu einer Gedenktafelenthüllung für einen mutigen Menschen und einem Gedenkkonzert...

Wo ein „Einerseits“ steht, folgt aber immer auch ein „Andererseits“. Und dies wiegt in diesem Falle tonnenschwer: Einer Mitteilung des Innenministeriums mussten wir entnehmen, dass die Zahl der rechts-extremen Straftaten ein neues Höchstmaß erreicht hat. Was sich bereits abgezeichnet hatte, als wir 2018 unsere Ausstellung „Immer wieder“ eröffnet haben, ist mittlerweile bedrohlicher Alltag. Angesichts des Bundestagswahlkampfes ist ein weiterer Anstieg zu befürchten – Faschistinnen und Faschisten haben all-orts Oberwasser...

Wir haben derweil im Oktober, in dem sie beide gestorben sind, zwei wichtige Mitstreiter verloren: Unser Mitglied Peter Lind, der mit seiner Eisenbahnerpfeife und seiner festen Gesinnung sicherlich auch jede kommende Demonstration lautstark unterstützt hätte. Und Edzard Reuter, der seine Jugend im Exil in der Türkei verbracht hat. Beim „Haymatloz“-Projekt und später bei der Varian-Fry-Ausstellung in Paris war er ein wichtiger Verbündeter. Auch die Namensgebung der Varian-Fry-Straße geht auf sein Eintreten dafür zurück.



Buchpräsentation „Zwangsräume“ am 15. Oktober 2024 in der Topographie des Terrors, v.l. Bethan Griffiths, Dominic Strieder, Akim Jah, Silvija Kavčič

Und noch ein „Andererseits“: Vor dem Hintergrund der angekündigten Sparpläne des Berliner Senats erklären wir uns solidarisch mit allen Kultureinrichtungen, denen der Rotstift zusetzt. Kultur sind nicht nur die großen Häuser. Kultur schaffen auch die vielen kleinen Initiativen, deren Existenz gerade auf dem Spiel steht. Und da auch wir von Kürzungen betroffen sind, wollen wir nicht nur weiterhin viele neue Mitglieder aufnehmen, sondern auch zusätzliche Wege finden, uns finanziell abzusichern.

In diesem Sinne ist der neue Spenden-Button auf der Webseite der Koordinierungsstelle Stolpersteine schon mal wegweisend. Das Aktive Museum als deren Dachverein hat ja ebenfalls ein Vereinskonto, ist gemeinnützig und kann Spendenbescheinigungen ausstellen. Alle von uns haben zudem die Möglichkeit, den Mitgliedsbeitrag solidarisch aufzustocken...

Wichtig bleibt, dass wir, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, zusammenstehen und uns zuhören, uns ausreden lassen und so unsere Demokratie leben und schützen. Lasst uns achtsam miteinander umgehen, und: geht alle wählen!

Ganz herzlich grüßt einstweilen

Christoph Kreuzmüller
Vorsitzender

UMBENENNEN?!

Ein kooperatives Ausstellungsprojekt zu Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart

Straßenumbenennungen sind ein Thema, über das viel gestritten wird. Wegen ihrer alltagspraktischen Bedeutung betreffen Straßennamen alle und jede*n. Sie dienen der Orientierung und stehen auf dem Briefkopf jeder Wohnadresse. Zugleich haben sie als Denkzeichen im öffentlichen Raum eine identitätsstiftende und erinnerungspolitische Funktion. Im Alltagsobjekt des Straßenschildes verbindet sich Kiezidentität mit nationaler und globaler Geschichte. In diesem Spannungsfeld liegt das große Vermittlungspotenzial des Themas.

Die Idee zum Projekt „umbenennen?!“ entstand im Arbeitskreis der Berliner Regionalmuseen (ABR) und

wurde Anfang 2021 an das Aktive Museum und die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen herangetragen. Alle zwölf Berliner Bezirke wollen in ihren jeweiligen Museen und kommunalen Ausstellungsräumen das Thema der Geschichte von Straßennamen in Berlin und den Prozessen ihrer (Um)Benennung aufgreifen und erzählen. Dabei möchten sie historisches Hintergrundwissen zur Versachlichung anbieten und aufzeigen, dass es schon in den 1920er-Jahren nach der Bildung Groß-Berlins und in den darauffolgenden Jahrzehnten unter wechselhaften politischen Bedingungen immer wieder lautstarke Diskussionen um Straßennamen gab. Das Aktive Museum hat sich in den Umbenennungsdebatten im Berlin der 1990er-Jahre engagiert, indem es vor allem im Osten der Stadt vielfach kommentierende Erläuterungsschilder an umbenannten und umzubennenden Straßen angebracht hat. Unser Verein gilt deshalb als Experte und wichtiger Akteur rund um die Geschichte von Straßenbenennungen.



Ein Teil der AG umbenennen?! am 14. März 2024 vor der Gedenkstätte Deutscher Widerstand während der Jurysitzung zur Auswahl des Gestaltungsbüros für die Ausstellungen.

Gemeinsam mit dem ABR stellten wir einen Förderantrag über knapp 250.000 Euro bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, welcher Ende 2023 bewilligt wurde. Wir berichteten darüber kurz im Vorwort unseres vorletzten Rundbriefs. Seit Anfang letzten Jahres arbeiten wir in zwei kleinen Steuerungsgruppen sowohl an der administrativen wie auch kuratorischen Gestaltung dieses großen Projekts. Geleitet wird es seitens des Aktiven Museums von Nora Hogrefe und Kaspar Nürnberg, koordinatorisch und redaktionell unterstützt von Antonia Wolff. Inhaltlich und gestalterisch wird die Ausstellung vom Büro Franke | Steinert GmbH – Ausstellungsgestaltung für Museen (namentlich Vera Franke, Frank Steinert und Christian Klier) sowie der freien Kuratorin Yvonne Zindel realisiert.

Begleitet von der kuratorischen Steuerungsgruppe wurde im Laufe des Jahres 2024 ein einführender Ausstellungsteil entwickelt. Dieser wird an unterschiedlichen Standorten in allen Bezirken durch lokalspezifische Inhalte ergänzt und erweitert, sodass über die gesamte Stadt verteilt im Laufe der Jahre 2025/2026 unterschiedliche Ausstellungen zu sehen sein werden. Auf diese Weise wird zum einen der berlinweite Charakter des Projekts hervorgehoben. Zum anderen kann konkret auf die lokalen Besonderheiten und spezifischen Diskussionen in den einzelnen Bezirken eingegangen werden.

Der einführende Ausstellungsteil beleuchtet das Thema Straßennamen in drei Kapiteln: Einführung, Geschichte und Gegenwart. Neben einem Überblick über die Historie der Berliner Straßennamen seit ungefähr 1400 geht es im einführenden Kapitel um den Wechsel der Zuständigkeit, also um die Frage, wer Straßen wann und auf welchem Wege (um)benennen konnte. Das zweite Kapitel beleuchtet auf sechs historischen Tafeln die Geschichte von Berliner Straßen unter den wechselhaften politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der letzten zwei Jahrhunderte: im (langen) 19. Jahrhundert, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der geteilten Stadt (mit Fokus auf die Hauptstadt der DDR) und im wiedervereinten Berlin



Umbenennung der Dorotheenstraße in Clara-Zetkin-Straße am 7. März 1951

seit 1990. Ein drittes, gegenwartsbezogenes Kapitel thematisiert, wie sich Schwerpunktverlagerungen im Erinnerungsdiskurs der letzten dreißig Jahre auch im öffentlichen Raum niedergeschlagen haben. Außerdem werden Informationen über die rechtlichen Rahmenbedingungen von Straßen(um)benennungen in Berlin angeboten.

Eine konzeptuelle Leitlinie der Ausstellung ist das Prinzip der Straßenbiografien: An sechs Straßen, deren Namensgeschichten im Laufe der Ausstellung Stück für Stück nachvollzogen werden, wird nicht nur exemplarisch Stadthistorie erzählt, sondern auch die sich wandelnden Deutungen von Geschichte anschaulich gemacht. Anhand von historischem Quellenmaterial wird deutlich, dass Debatten, wie sie sich heute beispielsweise an den Straßen des sogenannten Afrikanischen Viertels entzünden, nicht neu sind, sondern in ähnlicher Weise immer wieder geführt wurden.

Eine der sechs beispielhaft ausgewählten Straßen ist die heutige Dorotheenstraße. Sie ehrte seit 1822 die Kurfürstin von Brandenburg (1636–1689), welche Ende des 17. Jahrhunderts die umgebende Dorotheenstadt anlegen ließ. In der jungen DDR wurde die Straße der kommunistischen Politikerin, Pazifistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin (1857–1933) gewidmet. Das Datum der Umbenennungsfeier am Vortag des 8. März 1951 war nicht zufällig gewählt: Es würdigte Zetkin auch als Mitinitiatorin des Internationalen Frauentages.

Im wiedervereinigten Berlin wurde die Straße in den frühen 1990er-Jahren Teil eines umfassenden Umbenennungsprogramms, das der Senat über die Bezirke hinweg durchsetzte. Im Auftrag des damaligen Verkehrssenators Herwig Haase (CDU) untersuchte eine „Unabhängige Kommission“ 1993/94 zahlreiche zentral gelegene Stra-

ßen, deren Namen auf das SED-Regime zurückgingen. Sie sollten „dringend überprüft werden [...], weil sie demokratischen Traditionen widersprechen und uns in der Hauptstadt-Auseinandersetzung Berlin-Bonn schaden.“¹ Die zentral gelegene Clara-Zetkin-Straße reichte bis an das Reichstagsgebäude heran. Vor dem Hintergrund des 1991 beschlossenen und kontrovers diskutierten Parlaments- und Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin war sie damit ein besonders brisanter Fall.

In der Begründung für die Umbenennung führte die Kommission eine Rede ins Feld, die Zetkin 1932 als Alterspräsidentin im Reichstag gehalten hatte und in der sie zur Einheit gegen den Faschismus aufgerufen und die Zukunftsvision einer deutschen Räterepublik entworfen hatte. Der Antifaschismus, der zum Gründungsmythos der DDR gehörte, galt dem Gremium als konstitutives



Anbringung einer Kommentierungstafel an der Clara-Zetkin-Straße durch Christine Fischer-Defoy vom Aktiven Museum am 2. Oktober 1994

Element einer „andere[n] totalitäre[n] Diktatur, die der Kommunisten [...]. Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt.“² Diese relativierende Geschichtsdeutung, welche die Naziverbrechen mit denen des SED-Regimes gleichsetzte, wurde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Wie sich manche Mitglieder vielleicht noch persönlich erinnern, engagierte sich das Aktive Museum konsequent gegen die Umbenennung der Clara-Zetkin-Straße und vieler anderer Straßen und Plätze, deren Namen auf die Geschichte der DDR verwiesen. Die Mitglieder des Vereins äußerten sich nicht nur in Form von publizistischen Beiträgen, sondern auch durch die Anbringung von Kommentierungstafeln an Straßenschildern. In einer Stellungnahme zum Bericht der „Unabhängigen Kommission“ kritisierte der Vorstand im Juli 1994 die relativierende Gleichsetzung der NS-Diktatur mit dem SED-Regime, warnte vor einer Negierung der DDR-Geschichte und dem damit einhergehenden Identitätsverlust der Bürger*innen in den neuen Bundesländern. Er plädierte „für eine Bewahrung und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte“ und setzte sich dafür ein, diese Spuren mit Kontextualisierungstafeln im Stadtbild zu erhalten – im Sinne eines „offenen Geschichtsbuches [...], in dem die Vergangenheit in ihren jeweiligen Umwertungen ablesbar wäre.“³

In seiner Stellungnahme zur Clara-Zetkin-Straße nahm das Aktive Museum das Argument der Kommission auf, dass in Berlin „keine Straßen nach Menschen benannt sein dürften, die zur Zerstörung der ersten deutschen Republik beitrugen“, um es gegen einen anderen Straßennamen zu wenden: Am 27. April 1994 brachte der Verein am Hindenburgdamm ein Zusatzschild an, das über die Rolle des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten bei der Machtübertragung aufklärte: „1933 ernannte er [Hindenburg] Adolf Hitler zum Reichskanzler und setzte nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte der Verfassung außer Kraft.

Mit dem Hindenburgdamm wird die Erinnerung an einen Zerstörer der ersten Demokratie im Berliner Stadtbild bewahrt.“⁴ Der Hindenburgdamm heißt bis heute so – trotz anhaltender Debatten und zahlreicher aktivistischer Interventionen. Er wird ebenso wie die Dorotheenstraße in der Ausstellung behandelt, die damit auch ein Stück Vereinsgeschichte erzählt.

Im Fokus jüngerer Umbenennungsbestrebungen stehen häufig Straßen mit kolonialen Bezügen wie das Kreuzberger May-Ayim-Ufer (bis 2010 Gröbenufer) oder die M*Straße, die regelmäßig als „Möhrenstraße“ persifliert wird und deren 2020 beschlossene Umbenennung noch immer nicht umgesetzt wurde.

In den Debatten um Straßennamen lassen sich nicht zuletzt die erinnerungskulturellen Diskursverschiebungen der letzten dreißig Jahre nachvollziehen.



Anbringung eines Ergänzungsschildes am Hindenburgdamm durch das Aktive Museum am 27. April 1994

Während geschichtsbewusste Linke in den 1980er- und 1990er-Jahren die Singularität des Holocaust verteidigten, wird heute darum gerungen, neben der längst staatstragenden NS-bezogenen Erinnerungskultur auch der deutschen Kolonialgeschichte einen Platz im öffentlichen Gedenken zu geben. Ging es im Streit um die Clara-Zetkin-Straße 1994 auch darum, sich gegen eine ideologische Relativierung der Nazi-Verbrechen durch den Stalinismus-Vergleich zu wehren, so gilt es heute, auch koloniale Gewaltverbrechen als solche anzuerkennen – und zwar ohne koloniales gegen antisemitisches Unrecht auszuspielen.⁵ Vereine und Initiativen wie Berlin Postkolonial e.V., Decolonize Berlin e.V. oder Straßenlärm e.V. setzen sich unter anderem dafür ein, den Stadtraum in diesem Sinne zu gestalten. Als wichtige Akteure auf dem Gebiet der Straßenumbenennungen ergänzen sie die aktivistische Arbeit unseres Vereins im Sinne eines „multidirektionalen Erinnerns“. Für unser Ausstellungsprojekt sind sie damit wichtige Partner.

Das kooperative Projekt startet mit einer Schau im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, die am 27. März 2025 eröffnet. Anschließend wandert die Ausstellung – immer ergänzt um jeweils eigene lokale Inhalte – durch die einzelnen Regionalmuseen Berlins. Im Laufe des Jahres 2025 kann sie in Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Reinickendorf besucht werden. Im Jahr 2026 folgen die Bezirke Mitte, Neukölln, Treptow-Köpenick und schließlich Friedrichshain-Kreuzberg.

Im Laufe des letzten Jahres wurden die Arbeiten an dem einführenden Ausstellungsteil weitgehend abgeschlossen. Dennoch ist noch viel zu tun: Im Laufe der nächsten anderthalb Jahre werden in den Bezirken die Recherchen fortgeführt und lokale Inhalte erarbeitet und kuratorisch aufbereitet. Auch sollen Begleitprogramme und eine gemeinsame Rahmenveranstaltung erarbeitet werden. Bald werden sich diese Aktivitäten unter <https://umbenennen.berlin> verfolgen lassen.

Antonia Wolff

Antonia Wolff, die Projektkoordinatorin von „umbenennen?!“, hat Kunstgeschichte, Philosophie und Filmwissenschaft studiert. Seit 2024 schreibt sie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ihre Doktorarbeit über die Collagen der Künstlerin Sarah Schumann (1933–2019) im Kontext der Zweiten Frauenbewegung.

1) Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe (Hg.): Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen. Abschlußbericht vom 17. März 1994, Berlin 1994, S. 25.

2) Ebd., S. 26 u. 28.

3) „Stellungnahme zum Abschlußbericht der ‚Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen‘ vom 17.3.1994“, in: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin (Hg.): Mitgliederrundbrief Nr. 26, 1994, S. 4-9, hier S. 8. URL: https://www.aktives-museum.de/fileadmin/user_upload/Extern/Dokumente/rundbrief_26.pdf (Zugriff: 12. Dezember 2024).

4) Ebd., S. 8.

5) Zum Verhältnis zwischen Shoah und kolonialen Gewaltverbrechen siehe: Michael Wildt: „Was heißt: Singularität des Holocaust?“, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 2022, Nr. 1. URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2022/6022> (Zugriff: 14. Dezember 2024); Siehe auch Jens-Christian Wagners differenzierte Analyse der diesbezüglichen Debatten in Deutschland: „Historikerstreit 2.0? Zur Debatte um das Wechselverhältnis zwischen Shoah- und Kolonialismus-Erinnerung“, in: Jahresmagazin der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, 2022, Nr. 2. URL: <https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2022/historikerstreit-20-> (Zugriff: 4. Januar 2025).

„ES DARF KEIN GRAS DARÜBER WACHSEN!“

Ein Projekt zum 40. Jahrestag der Aktion
„1933–1945 Nachgegraben“



5. Mai 1985: Aktivist:innen bei der Aktion „1933–1945 Nachgegraben“

„ES DARF KEIN GRAS DARÜBER WACHSEN!“ - unter diesem Motto luden das Aktive Museum und die Berliner Geschichtswerkstatt 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes zu einer „Erinnerungsaktion“ an dem Ort ein, auf dem sich in der Zeit des Nationalsozialismus die Zentralen der Gestapo, der SS und des Reichssicherheitshauptamtes befunden hatten: „Mit Unterstützung der antifaschistischen Mitgliederverbände des Aktiven Museums wollen wir einen eindeutigen Standpunkt zur Bedeutung des 8. Mai beziehen und für die Zukunft fordern, daß endlich auf diesem Gelände der Terror-Zentrale des deutschen Faschismus eine ‚Denk-Stätte‘ geschaffen wird, die die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Geschichte weitervermittelt und so dazu beiträgt, daß nie wieder Faschismus und Krieg von deutschem Boden ausgehen. Unterstützen Sie uns. Kommen Sie!“¹

Mai 1985: Erinnerungspolitische Konstellationen

Nicht zufällig wurde die „Erinnerungsaktion“ am Sonntag, den 5. Mai angesetzt. Für denselben Tag

planten Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan ihre hoch umstrittene ‚Versöhnungsgeste‘ auf einem Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg. Wie im Vorfeld bekannt geworden war, waren dort allerdings nicht nur Soldaten der Wehrmacht, sondern auch Angehörige der Waffen-SS beigesetzt, die sich 1944 an dem bekannten Massaker im französischen Oradour-sur-Glane beteiligt hatten. Angesichts dessen deuteten zeitgenössische Kritiker:innen die geplante – und schließlich auch realisierte – ‚Versöhnungsgeste‘ als einen bewussten Versuch, die nationalsozialistischen Massenverbrechen zu relativieren und deutsche Vergangenheit zu ‚normalisieren‘.²

Für Mittwoch, den 8. Mai wiederum war im Bundestag eine offizielle Feierstunde zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vorgesehen, auf der Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprechen wollte. Aufgrund der erinnerungspolitischen Konfliktlage entschieden Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion, besagte Feierstunde zu boykottieren und stattdessen nach Auschwitz zu reisen: „Heute ist der 8. Mai [...]. In den letzten Wochen und Monaten hat es in der Bundesrepublik darüber viele Debatten gegeben. Nicht zuletzt als Ergebnis dieser Diskussionen haben wir beschlossen: Der einzig sinnvolle Ort, an dem junge Deutsche dieses Tages gedenken können, ist hier in Auschwitz. [...] Wir wollten bei diesen verharmlosenden Debatten in Deutschland nicht mehr dabeisein, wir wollten einfach weg.“³

Ein historisches Gelände mit ungewisser Zukunft

Vor dem Hintergrund der stark polarisierten gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den ‚richtigen‘ Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Bedeutung des ‚8. Mai‘ folgten etwa 60 Personen dem eingangs zitierten Aufruf zur „Erinnerungsaktion“ auf „dem Gelände der Terrorzentrale des deutschen Faschismus“ – zu dieser Zeit eine weiträumige Brachfläche an der Grenze zu Ost-Berlin, deren Anmutung von Schutthäufen, wildem Bewuchs und peripheren Nutzungen geprägt war.

Nach Abriss der kriegsbeschädigten Gebäude, Enttrümmerung und Mauerbau war das Gelände mitsamt seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945 effektiv aus dem West-Berliner Stadtgedächtnis verschwunden. Erst die ‚Preußen-Ausstellung‘, die 1981 im benachbarten Martin-Gropius-Bau gezeigt wurde und dabei auch die historische Topographie thematisierte, hatte es zurück ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt⁴ und eine Diskussion über seine künftige Gestaltung angestoßen.⁵

Nachdem ein 1983 ausgelobter Wettbewerb gescheitert war, stellte der Senat vage eine „provisorische Herrichtung“⁶ bis zur 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 in Aussicht. Zum Zeitpunkt der Aktion „1933–1945 Nachgegraben“ war die Zukunft des Geländes also ungewiss. Das Aktive Museum, das zusammen mit der Berliner Geschichtswerkstatt eingeladen hatte, setzte sich allerdings bereits seit seiner Gründung im Sommer

1983 dafür ein, dort eine dauerhafte – und dabei radikal demokratisch verfasste – Institution einzurichten, „in der eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Jahren 1933–1945 sowie mit den neofaschistischen Erscheinungen der Gegenwart geführt werden kann“.⁷

„1933–1945 Nachgegraben“ als erinnerungspolitischer Meilenstein

Die Aktion „1933–1945 Nachgegraben“ sollte nicht nur einmal mehr die Geschichte des Geländes in Erinnerung rufen, sondern auch für diese Vision einer künftigen Bespielung werben. Mithilfe einer ‚symbolischen Grabung‘ wollten die Organisator:innen – Christine Fischer-Defoy und Sabine Weißler vom Aktiven Museum, sowie Jürgen Karwelat von der Berliner Geschichtswerkstatt – endlich wieder Bewegung in die Auseinandersetzung mit diesem zentralen Tat- und Täterort bringen.



5. Mai 1985: Impression vom damaligen Zustand des Geländes

Nicht zuletzt wollten sie „öffentlich deutlich machen, daß der Senats-Behauptung, es gäbe keine Mauerreste der ehemaligen Gefängnisse mehr, kein Glaube geschenkt wurde.“⁸ Als die Teilnehmer:innen vor Ort eintrafen, fanden sie daher Schaufeln und Spaten vor. Während über Megafon eine Collage aus historischen Informationen und Zeitzeug:innenberichten verlesen wurde, gruben sie auf einer Länge von 20 Metern etwa 50 Zentimeter tief.⁹ Auf bauliche Überreste stießen sie dabei nicht.

Im Dezember 1985 schlossen sich zahlreiche West-Berliner Institutionen und engagierte Einzelpersonen zu einer „Initiative für den Umgang mit dem Gestapo-Gelände“ zusammen, um gemeinsam eine sorgfältige archäologische Untersuchung einzu-

fordern.¹⁰ Im Sommer 1986 beauftragte der Kultursenator schließlich eine professionelle Grabung, bei der dann auch tatsächlich Gebäudefundamente gefunden wurden, welche die Enttrümmerung des Geländes in den 1950er- und 1960er-Jahren überstanden hatten, darunter auch Überreste von Zellen des ehemaligen ‚Hausgefängnisses‘ der Gestapo.¹¹ Ein Jahr später wurde im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins eine erste historische Ausstellung auf dem Gelände eingerichtet – und damit beginnt die Geschichte des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“, das – nach langer Verzögerung – 2010 eröffnen konnte.¹²

Die Aktion „1933–1945 Nachgegraben“ wird nicht nur von den damals Beteiligten, sondern auch in der Geschichtsschreibung als besonders markantes Ereignis



23. Oktober 2024: Treffen mit ehemaligen Aktivist:innen in der Berliner Geschichtswerkstatt

des zeitgenössischen Erinnerungsaktivismus und wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem historisch reflektierten Umgang mit dem Gelände bewertet.¹³ Aktuell wird die Aktion sogar in einer Ausstellung über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Bonner Haus der Geschichte thematisiert: Noch bis Januar 2026 wird dort das Megafon der Berliner Geschichtswerkstatt zusammen mit einem Spaten, der bei der Aktion verwendet wurde, gezeigt.¹⁴

40 Jahre danach: „1933–1945 Nachgegraben“ revisited

Die Aktion „1933–1945 Nachgegraben“ jährt sich im Mai 2025 zum 40. Mal. Um diesen Jahrestag zu würdigen, hat sich im Sommer 2024 ein Projektteam



23. Oktober 2024: Ehemalige Aktivist:innen identifizieren weitere Teilnehmer:innen.

aus Vertreter:innen des Aktiven Museums, der Berliner Geschichtswerkstatt und der Stiftung Topographie des Terrors gebildet. Mithilfe einer Förderung der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt arbeiten wir an einer Online-Ausstellung zum Thema. Unterstützt werden wir dabei vom Gestaltungsbüro BAR PACIFICO.

Ausgehend von historischen Fotos wird zunächst der Ablauf der Aktion en détail rekonstruiert. Dazu können wir auf die umfangreiche fotografische Über-

lieferung der bekannten Pressefotografen Paul Glaser, Jürgen Henschel und Hans Peter Stiebing zurückgreifen. Zudem werden mehrere der damals beteiligten Protagonist:innen mit ihren subjektiven Motivationen und Perspektiven vorgestellt.

Anschließend wird die Aktion erinnerungsgeschichtlich reflektiert: Im Kontext der Geschichte des Geländes nach 1945 können wir zeigen, dass es den Aktivist:innen mit ihrer Intervention gelang, Einfluss auf dessen weitere Entwicklung zu nehmen. Darüber hinaus wird die Aktion aber auch als Ausdruck des verbreiteten Geschichtsaktivismus ‚von unten‘ und eines erinnerungspolitischen Paradigmenwechsels in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre nachvollziehbar gemacht.

Die Online-Ausstellung soll im Mai dieses Jahres mit einer Veranstaltung im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors gelauncht werden. Wir verstehen sie als virtuelles ‚Denkmal‘ für das damalige Engagement. Zugleich wollen wir in Zeiten des (nicht nur erinnerungs-)politischen Backlashs dazu aufrufen, sich auch weiterhin aktiv für ein kritisches Geschichtsbewusstsein einzusetzen – ohne das eine demokratische und solidarische ‚Gesellschaft der Vielen‘ undenkbar ist. Geschichte wird gemacht!

Cornelia Siebeck für die Projektgruppe „Nachgegraben revisited“, die sich zusammensetzt aus: Amélie zu Eulenburg, Gerd Kühling, Kaspar Nürnberg, Cornelia Siebeck und Leonie Teuffert vom Aktiven Museum; Jürgen Karwelat von der Berliner Geschichtswerkstatt und Ulrich Tempel von der Stiftung Topographie des Terrors.

1) „1933–1945 NACHGEGRABEN“, o.O. o.J. [West-Berlin 1985]. Zur Aktion gab es noch ein weiteres Einladungsschreiben mit etwas anderem Text, vgl. NACHGEGRABEN, o.O. o.J. [West-Berlin 1985]. Beide Einladungen finden sich in den Archiven sowohl des Aktiven Museums als auch der Berliner Geschichtswerkstatt.

2) Vgl. mit Literaturhinweisen Maren Röger: Bitburg-Affäre, in: Torben Fischer, Matthias N. Lorenz (Hg.): Lexikon

der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. 3. überarb. u. erw. Aufl., Bielefeld 2015, S. 248f.

3) DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG: Was wir verdrängen, kommt wieder, Bonn 1985, S. 2.

4) Vgl. Yves Müller: Bilanz eines Versuchs. Die Preußen-Ausstellung von 1981, das nationalsozialistische Erbe und die „Topographie des Terrors“, in: Zeitgeschichte-online, September 2021 (<https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/bilanz-eines-versuchs>, 10.12.2024).

5) Zu den damaligen Debatten vgl. u.a. Neue Gesellschaft für bildende Kunst: Der umschwiegene Ort, Berlin o.J. [1987]; Reinhard Rürup (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, 11. verbesserte Auflage, Berlin 1997, S. 206ff.

6) Zit. nach ebd., S. 207.

7) Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.: Beiträge zur Konzeption, West-Berlin o.J. [1984], S. 5; zur Rolle bei der Entwicklung der „Topographie des Terrors“ vgl. v.a. Matthias Haß: Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors, Berlin 2012; zeitgenössisch auch Leonie Baumann: Vom Denkmal zum Denkort. Zur Idee eines Aktiven Museums, in: Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten i. A. der Akademie der Künste Berlin, o.O., o.J. [Berlin 1989]; II: S. 1-30.

8) Sabine Weißler: Der 5. Mai 1985 in Bitburg und Kreuzberg. Zwei sehr verschiedene Arten, die Vergangenheit zu nutzen, in: Neue Gesellschaft für bildende Kunst: Der umschwiegene Ort (wie Anm. 5), S. 56-58, hier S. 58.

9) Vgl. Jürgen Karwelat: Blick zurück – neues Projekt der Berliner Geschichtswerkstatt gemeinsam mit dem Aktiven Museum, in: Rundbrief Berliner Geschichtswerkstatt 2/2024, S. 3-5, hier S. 4 (<https://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/rundbrief/rundbrief-2-2024/>, 12.12.2024).

10) Vgl. Weißler: Der umschwiegene Ort. Eine nachdenkliche Chronologie, in: Neue Gesellschaft für bildende Kunst: Der umschwiegene Ort (wie Anm. 5), S. 7-12, hier S. 12.

11) Vgl. Rürup (Hg.): Topographie des Terrors (wie Anm. 5), S. 216; ausführlich: Robert Frank: Zur Spurensicherung auf dem Gelände an der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße. Bestand, Veränderungen und Zerstörungen im Dezember 1988, in: Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten i. A. der Akademie der Künste Berlin (wie Anm. 7); III: S. 1-73.

12) Für einen kurzen Überblick über die weitere Geschichte bis zur Eröffnung des Dokumentationszentrums im Jahr 2010 vgl. Haß: Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors (wie Anm. 7), S. 56ff.

13) Vgl. Jenni Wüstenberg: Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020, S. 1f.; Fabian Schwanzar: Die Praxis der Erinnerung: Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik. Jena 2022 (<https://doi.org/10.22032/dbt.62013>, 12.12.2024); Etta Grotrian: Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und „neue Geschichtsbewegung“ in den 1980er Jahren, Berlin 2023, S. 91f.

14) Mehr Informationen zur Ausstellung „NACH HITLER. Die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ finden sich auf der Webseite des Hauses der Geschichte in Bonn: hdg.de/haus-der-geschichte/ausstellungen/nach-hitler-die-deutsche-auseinandersetzung-mit-dem-nationalsozialismus, 13.12.2024.

HISTORISIERUNG DER BUNDES- REPUBLICANISCHEN GESCHICHTS- UND GEDENKSTÄTTENBEWEGUNG DER 1980ER-JAHRE

Ein Literaturbericht

„Seit zwei Jahrzehnten dürfen West-Berliner auf dem notdürftig von Ruinenschutt geräumten Grundstück Wilhelmstraße 102 bis 106 das Autofahren üben – ohne Führerschein, ohne Fahrlehrer und gegen mäßige Gebühr. Wo einst das von Schinkel umgebaute Prinz-Albrecht-Palais gestanden hatte, empfiehlt sich die ‚Autodrom‘-Direktion vor allem ‚blutfrischen Anfängern‘. Dagegen erhebt sich jetzt Protest [...]. Bei einer offiziellen Anhörung forderten die meisten Teilnehmer mit Verve und Sachverstand vom West-Berliner Senat den Bau einer ‚längst überfälligen‘ Gedenkstätte.“¹

„Neue Geschichtsbewegung“: Ein Label wird geprägt

Mit diesem Schlaglicht beginnt ein „Report über die neue Geschichtsbewegung in der Bundesrepublik“, der im Juni 1983 im SPIEGEL erschien – wenige Tage vor Gründung des Aktiven Museums, das in der Debatten um besagtes „Grundstück“ künftig eine zentrale Rolle spielen sollte.²

Im SPIEGEL-Report heißt es weiter: „Das Bürger-Begehren erhellt mehr als nur eine lokale Spezialität des größten deutschen Freiluftmuseums für neuere Geschichte namens Berlin. Es illustriert beispielhaft ein überall in der Bundesrepublik keimendes historisches Interesse, das sich unversehens und quer zur [...] Politikerklage von der Geschichtslosigkeit der jüngeren Generation entwickelt.“

Auf den folgenden Seiten werden dann zahlreiche Beispiele eines bürgerschaftlich motivierten Geschichtsaktivismus aus dem gesamten Bundes-

gebiet ausgebreitet und gemeinsame Themen identifiziert: Arbeiter:innengeschichte, Frauengeschichte, Widerstandsgeschichte und vielfältige Aspekte der NS-Vergangenheit: „Allein in West-Berlin finden 1983 über 50 Veranstaltungen, Ausstellungen und Vortragsreihen zu diesem Thema statt, darunter gleich drei Spurensicherungs-Projekte der Geschichtswerkstatt zu ‚Widerstand und Alltag im Faschismus‘ am Beispiel ausgewählter Bezirke.“

Vor allem aber werden übergreifende Merkmale des Zeitphänomens identifiziert, das hier vielleicht erstmals, jedenfalls aber prominent als „neue Geschichtsbewegung“ gelabelt wird: Den Aktivist:innen gehe es um eine partizipative Geschichtsschreibung „von unten“. Im Zentrum stehe die Alltagsgeschichte der „kleinen Leute“, welche bevorzugt im lokalen Umfeld erforscht werde. „[O]ft in scharfer Abgrenzung zur Historikerzunft“ verstehe man sich als „Erinnerungsarbeiter“ und wolle sich bei dieser Arbeit nicht zuletzt auch „der eigenen Identität [...] versichern“.³

Die ‚neue Geschichtsbewegung‘ der 1980er-Jahre gab den Zeitgenoss:innen offensichtlich Rätsel auf. Auch die Protagonist:innen selbst versuchten sich bald vielfach an einer historischen Reflexion und Standortbestimmung ihres Engagements.⁴ Eine wissenschaftliche Forschung zur bundesrepublikanischen Geschichts- und Gedenkstättenbewegung, die nicht mehr von den Beteiligten getragen wird, sondern auf eine kritische Historisierung abzielt, hat indessen erst in den letzten Jahren begonnen.

Jenny Wüstenberg zu Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik

Die wohl erste Monographie zum Thema hat Jenny Wüstenberg verfasst. Ihre Studie wurde bereits 2017 in englischer Sprache veröffentlicht, unter dem Titel „Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945“⁵ ist sie mittlerweile auch in deutscher Übersetzung zu haben.

Wüstenberg interessiert sich für „die Rolle und den langfristigen Einfluss von Erinnerungsaktivist:innen von

1945 bis heute“.⁶ Der Fokus ihrer Arbeit liegt jedoch auf der Bundesrepublik, die Entwicklung in der DDR wird nur oberflächlich gestreift.⁷ Auch quantitativ im Mittelpunkt steht dabei die historische Rekonstruktion und Reflexion des Erinnerungsaktivismus in den 1980er-Jahren, welche sie kurzerhand zum „entscheidende[n] Jahrzehnt“⁸ erklärt, wobei allerdings offen bleibt: wofür?

Basierend auf Forschungsliteratur und um die 100 (!) Interviews mit verschiedensten Akteur:innen⁹ fragt Wüstenberg nach zivilgesellschaftlicher *agency* im erinnerungspolitischen Feld. Anhand zahlreicher Beispiele zeichnet sie eindrücklich nach, wie die Aktivist:innen ihre Anliegen vielerorts erfolgreich durchsetzen und die bundesrepublikanische Geschichtskultur auch insgesamt tiefgreifend verändern konnten. Entlang von einschlägigen Interviewpassagen beschreibt sie zugleich Dilemmata, die mit dem Erfolg einhergingen: Eine zunehmende Institutionalisierung und Abhängigkeit von staatlichen Geldern brachte beträchtliche Verluste an Autonomie, Spontaneität und Radikalität mit sich.

Insgesamt ist Wüstenbergs Arbeit erkennbar von der erinnerungskulturellen Siegesgewissheit geprägt, die sich im Laufe der 1990er-Jahre unter den von ihr beforschten Aktivist:innen verbreitete. So kommt sie zu dem Schluss, dass „der bleibende Erfolg der Gedenkstätten- und Geschichtsbewegung“ trotz aller Ambivalenzen darin bestehe, „ihr Verständnis von kritischem Erinnern in den Mainstream eingebracht und den Staat davon überzeugt zu haben, sich der Aufgabe der Konfrontation mit der NS-Vergangenheit immer wieder neu zu stellen.“¹⁰ Das mag für unsere Gegenwart (noch) gelten. Zumal als Historiker:innen sollten wir aber prinzipiell damit rechnen, dass sich sowohl „der Mainstream“ als auch „der Staat“ jederzeit verändern können - und damit die Prämissen der Erinnerungskultur.

Etta Grotrian zu Geschichtswerkstätten in den 1980er-Jahren

In ihrer 2023 erschienene Studie „Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und ‚neue Ge-

schichtsbewegung‘ in den 1980er Jahren“¹¹ nimmt Etta Grotrian die Entstehung und Entwicklung von Geschichtswerkstätten in den Blick. Konkret fokussiert sie auf die Berliner Geschichtswerkstatt, den Konstanzer Arbeitskreis Regionalgeschichte und den Hamburger Verein Museum der Arbeit. Neben einer sehr breiten Literaturgrundlage zieht sie auch umfangreiches Archivmaterial heran.

Zu Beginn ihrer Untersuchung beschreibt Grotrian relevante soziopolitische Rahmenbedingungen: Die zunehmende Erosion des Fortschrittsglaubens, die Herausbildung neuer sozialer Bewegung und eines alternativen Milieus. Zudem skizziert sie geschichtspolitische, geschichtswissenschaftliche und geschichtskulturelle Konstellationen der 1980er-Jahre. Vor diesem Hintergrund präsentiert sie anschließend ihre drei Fallstudien. Dabei beschränkt sie sich nicht darauf, das öffentliche Agenda-Setting der untersuchten Initiativen zu rekonstruieren, sondern kann anhand des offenbar mühsam zusammengetragenen Archivmaterials¹² auch interne Diskussionen und Dynamiken nachvollziehen.

So gelingt es Grotrian, allerhand ideologische, praktische und materielle Interessenkonflikte herauszuarbeiten, mit denen sich die damaligen Aktivist:innen konfrontiert sahen: Wie sollte man sich gegenüber der professionellen Geschichtswissenschaft positionieren, die man einerseits einer radikalen Kritik unterzog, in der so manche:r aber vielleicht doch Karriere machen wollte? Wie sollte man mit dem zunehmenden Spannungsverhältnis zwischen (prekär) bezahlter und ehrenamtlicher Mitarbeit umgehen? Oder mit den Sachzwängen, welche eine vermehrte Projektförderung mit sich brachte? Wie Grotrian abschließend nachzeichnet, schlugen solche Konfliktlagen sich auch im 1983 gegründeten Bundesverband Geschichtswerkstatt e.V. nieder – und erwiesen sich als unauflösbar.

Grotrian kann zeigen, dass Themen, Methoden und Vermittlungsformen der ‚neuen Geschichtsbewegung‘ vielfach Eingang nicht nur in geschichtskulturelle

Institutionen, sondern auch in die Geschichtswissenschaft gefunden haben. Jedoch wird zugleich sichtbar, dass grundlegende Spannungsverhältnisse sich dabei nur verschoben haben. So stellt sich etwa die Frage, wer mit welchen kulturellen und materiellen Ressourcen wessen Geschichte erzählen kann, bekanntlich nach wie vor.

Fabian Schwanzar zu Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik

Unter dem Titel „Die Praxis der Erinnerung. Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik“¹³ befasst sich die 2022 veröffentlichte Studie von Fabian Schwanzar mit der „Streit-, Durchsetzungs- und Institutionalisierungsgeschichte“¹⁴ von Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen.

Auch Schwanzar organisiert seine Forschung entlang von Fallbeispielen. Konkret geht es um die historische Genese der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg, des DIZ Emslandlager, der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg und der Alten Synagoge in Essen.

Schwanzar will seine Studie als „vergleichende Längsschnittuntersuchung“ für den „Zeitraum ab Mitte der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre“ verstanden wissen.¹⁵ Allerdings hält er diesen zeitlichen Fokus nicht konsequent ein – und anders, als der Titel seiner Arbeit in Aussicht stellt, geht es in seiner Arbeit auch nicht schwerpunktmäßig um die ‚Gedenkstättenbewegung‘. Vielmehr erzählt Schwanzar auf einer bemerkenswert breiten Literatur- und Quellenbasis klassische Orts- und Institutionalisierungsgeschichten, die zumindest ausblicksartig bis in die Gegenwart hineinreichen.



Das brache Gestapo-Gelände am 13. September 1983

Diese Geschichten sind mit Blick auf den sich wandelnden, dabei aber stets konflikthafte Umgang mit den Orten nach 1945 aufschlussreich zu lesen und werden immer wieder an übergreifende gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen angebunden. Dabei wird klar erkennbar, dass der Erinnerungsaktivismus der 1980er-Jahre an jedem der behandelten Orte eine entscheidende Rolle für die langfristige Etablierung von ‚arbeitenden‘ Gedenkstätten spielte. Die ‚Gedenkstättenbewegung‘ als solche bleibt dabei aber insgesamt eher konturlos – wenn es denn aus soziologischer Perspektive überhaupt sinnvoll ist, die damaligen Kämpfe um Gedenkstätten als Ausdruck einer ‚Bewegung‘ zu begreifen, der in der zeitgenössischen Bewegungslandschaft ein spezifischer Platz gebührt.

Dafür spricht allerdings vieles, was Schwanzar en passant beschreibt: Der starke Lebensweltbezug, der gesellschafts- und gegenwartspolitische Impetus, die pädagogische Mission, der Aktionismus, die Lust an der öffentlichen Intervention und Auseinandersetzung, der projektförmige und zumindest dem Anspruch nach partizipative und antiautoritäre Arbeitsstil. Hier gibt es offenkundig Überschneidungen mit anderen zeitgenössischen Bewegungen – inklusive der häufig auch aus den eigenen Ansprüchen resultierenden Spannungsverhältnisse unter den Beteiligten, die sich jenseits ihres gemeinsamen Engagements „[k]ollektivbiographisch [...] schwer auf einen Nenner bringen“¹⁶ lassen.

Mögliche Spezifika einer ‚Gedenkstättenbewegung‘ könnten im stabilen Ortsbezug, in der persönlichen Verbindung mit ehemals Verfolgten und in der klaren Zielsetzung liegen, die ein sehr diverses Spektrum an Akteur:innen vergleichsweise langfristig – und oft auch über das einschneidende Moment der Institutionalisierung hinaus – zusammenhalten konnten. Ein weiteres Spezifikum der ‚Gedenkstättenbewegung‘ dürfte im Thema liegen: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit hat seit jeher eine zentrale Rolle in bundesrepublikanischen Erinnerungs- und Identitätsdebatten gespielt. Mit Blick auf die weitere Forschung wäre wichtig, die schriftliche Überlieferung

um lebensgeschichtliche Interviews mit den damals Beteiligten zu ergänzen, solange diese noch Auskunft geben können.¹⁷

Resümee und Ausblick

Der Geschichts- und Erinnerungsaktivismus der 1980er-Jahre ist nicht nur Geschichte, sondern auch eine wirkmächtige Tradition, die viele Akteur:innen der bundesrepublikanischen Geschichtskultur nachhaltig geprägt hat. Umso verdienstvoller ist die historiographische Pionierarbeit, welche in den umrissenen Studien geleistet worden ist.

‚Erfolgsgeschichten‘ gibt es im echten Leben nicht, und Traditionen schreiben sich nicht von selber fort. Wenn sie lebendig und relevant bleiben wollen, müssen sie immer wieder aufs Neue kritisch reflektiert, diskutiert und aktualisiert werden. Die Historisierung ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Denn auch und gerade die Verfechter:innen eines ‚kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins‘ sollten wissen, woher sie kommen, wo sie heute stehen und wohin sie künftig gehen wollen – und was es zu verlieren gibt.

Cornelia Siebeck

Cornelia Siebeck ist Historikerin und Mitglied des Aktiven Museums. Sie forscht seit vielen Jahren zu erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Themen und engagiert sich in der historisch-politischen Bildung. Sie arbeitet beim Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors.

1) „Ein kräftiger Schub für die Vergangenheit“. SPIEGEL-Report über die neue Geschichtsbewegung in der Bundesrepublik. DER SPIEGEL 23, 1983 (erschien am 6. Juni 1983), S. 36-42, hier S. 36.

2) Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. wurde am 10. Juni 1983 gegründet.

3) Alle vorangegangenen Zitate: „Ein kräftiger Schub für die Vergangenheit“ (wie Anm. 1), hier S. 36f.

4) Vgl. u.a. Detlef Garbe: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983, S. 23-35; Hannes Heer, Volker Ulrich: Die „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte Selbstverständnis, Perspektiven, in: Dies. (Hg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 9-36; Thomas Lindenberger, Michael Wildt: Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 393-411.

5) Jenny Wüstenberg: Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945 (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2020.

6) Ebd., S. 19.

7) Das verwundert insofern nicht, als dass das von Wüstenberg angewandte Konzept der „Zivilgesellschaft“ im Kontext der DDR nur sehr bedingt anwendbar wäre - was jedoch nicht heißt, dass es dort keinen „Erinnerungsaktivismus“ gab.

8) Ebd., S. 79.

9) Über Auswahlkriterien und Methode erfährt man leider nichts. Unter den Interviewten finden sich allerdings viele Protagonist:innen aus dem West-Berliner Spektrum, darunter einige Vertreter:innen des Aktiven Museums. Schön wäre, wenn diese Interviews archiviert und für weitere Forschungen zugänglich gemacht würden.

10) Ebd., S. 309. Für eine Kritik solcher „Geschichten vom Angekommensein“ vgl. Cornelia Siebeck: Nach der „Erfolgsgeschichte“. Die Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen muss ihre Zukunft zurückgewinnen, in: Volkhard Knigge (Hg.): Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen, Göttingen 2022, S. 120-136.

11) Etta Grotrian: Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und „neue Geschichtsbewegung“ in den 1980er Jahren, Berlin 2023. Zum Buch gibt es eine Webseite: <https://barfuss-oder-lackschuh.de/>, 13.12.2024.

12) Vgl. Ebd., S. 50f.

13) Fabian Schwanzar: Die Praxis der Erinnerung: Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik, Jena 2022, online-Veröffentlichung: <https://doi.org/10.22032/dbt.62013>, 13.12.2024.

14) Ebd., S. 12.

15) Ebd., S. 13.

16) Ebd., S. 311.

17) Ein solches Interviewprojekt wurde von 2017 bis 2020 von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg realisiert. Dabei wurden über 30 Personen interviewt, die sich seit Mitte der 1970er-Jahre rund um den Ort des ehemaligen KZ Neuengamme engagiert haben, vgl. Oral-History-Projekt zur Gedenkstätten-geschichte, in: Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen (Hg.): Jahresbericht 2020, Hamburg 2021, S. 81f., https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/2021/Jahresbericht_2020_Stiftung_Hamburger_Gedenkstaetten.pdf, 13.12.2024.

„ICH WAR DER EINZIGE, DER HELFEN KONNTE“

Laudatio auf Otto Jogmin am 14. August 2024
anlässlich der Enthüllung einer Berliner
Gedenktafel am Haus Wielandstraße 18 in
Charlottenburg



Wir sind heute hier, um Otto Jogmin zu ehren. Es ist nicht die erste Ehrung, die er zu Lebzeiten und postum für seine umfangreiche Hilfe für verfolgte Jüdinnen und Juden erhalten hat. Bereits am 9. November 1958 wurde ihm in der Aktion „Unbesungene Helden“ Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen, „daß er während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit bedrängten Verfolgten Schutz und Hilfe gewährt hat.“¹ Eine andere Ehrung hat der am 2. Juni 1989 verstorbene Otto Jogmin nicht mehr erlebt: im September 2011 wurde er von der Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt; 2015 fand aus diesem Anlass eine Gedenkfeier in der Aula des Sophie-Charlotte-Gymnasiums statt. An Otto Jogmin wird heute auch in der der Gedenkstätte Stille Helden erinnert.²

Im Gegensatz zu vielen anderen „Unbesungenen Helden“ wissen wir über Otto Jogmin relativ viel. Dies liegt daran, dass wir nicht nur die Akten haben, die zu seiner Ehrung 1958 führten und die Berichte Überle-

bender enthalten, sondern dass mit ihm Kolleginnen des Zentrums für Antisemitismusforschung in den 1980er-Jahren noch drei Interviews führen konnten. Diese wurden 1998 von Doris Tausendfreund für ihre Magisterarbeit „Rettung von Juden in Berlin in den Jahren 1933-1945“³ und auch 2003 von Marion Neiss für ihren instruktiven Aufsatz über das „ehrenwerte Haus“ Wielandstraße 18⁴ umfassend ausgewertet. Diese beiden Publikationen sind für das Thema unentbehrlich, ich betrete hier also kein Neuland.

Ernst Otto Jogmin – er selbst nannte sich stets nur Otto Jogmin – wurde am 28. November 1894 in der elterlichen Wohnung in der Schöneberger Mühlenstraße geboren⁵, die heute Dominicusstraße heißt. Die Geburtsurkunde nennt als den Beruf des Vaters Ferdinand Eduard Jogmin „Pferdebahnkutscher“; Otto Jogmin gab an, sein Vater habe als Gärtner in einer städtischen Gärtnerei gearbeitet.⁶ Otto war das dritte von acht Kindern; die Mutter Caroline Jogmin betrieb zusätzlich eine kleine Kohlenhandlung. Es war eine arme Familie.

Nach der Volksschule begann Otto Jogmin im Berliner Werk von Siemens & Halske zu arbeiten und war nach einem Streik 1913 von einer Aussperrung betroffen. Er arbeitete danach eine Zeitlang auf einer Werft in Bremen-Vegesack und wurde 1914 zum Kriegsdienst einberufen, den er nach eigenen Worten „auf dem Balkan“ ableistete.

Während eines Heimaturlaubs heiratete Otto Jogmin im Juli 1917 die ein Jahr ältere Arbeiterin Margarete Ida Weiss. Seine Frau taucht in den Interviews von Otto Jogmin relativ selten auf; wir wissen nur, dass sie in den 1930er-Jahren offenbar schon kränklich war und in den Kriegsjahren wegen der Luftangriffe auf Berlin nach Mecklenburg evakuiert wurde. Sie starb am 24. Januar 1959.

Otto Jogmin selbst geriet in Kriegsgefangenschaft und kehrte erst 1920 wieder nach Deutschland zurück. In den Jahren danach arbeitete er erst wieder bei Siemens, später im Betrieb eines seiner beiden älteren

Brüder, der einen Öl- und Benzin-Vertrieb hatte. Eine Zeitlang war Otto Jogmin, da er über „alle Führerscheine“ verfügte, auch als Transportfahrer tätig. Über die Zeit bis 1935 ist wenig bekannt. Auch über eine Festnahme aus politischen Gründen im Jahr 1933 äußerte sich Otto Jogmin später nur ungenau.

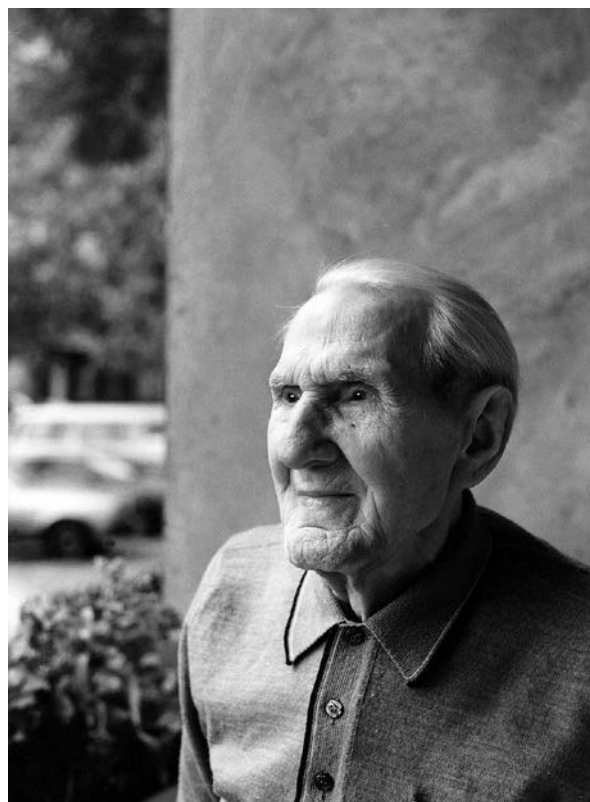
1935 trat Jogmin die Stelle als Hauswart, oder wie es offiziell hieß, „Portier“ in der Wielandstraße 18 an, ein Jahr später übernahm er auch die Wartung der Heizungsanlage im Haus Wielandstraße 17.

Otto Jogmin zeigte sich nicht offen als Gegner des Nationalsozialismus, seine Einstellung war offensichtlich aber im Haus bald bekannt. Nach Recherchen von Marion Neiss gelang es bis 1941 mindestens 26 Personen aus dem Haus Wielandstraße 18 zu emigrieren. Vielen von ihnen half Otto Jogmin bei den Auswanderungsvorbereitungen.

Doch sein umfassendes Rettungswerk – anders kann es nicht genannt werden – begann Otto Jogmin, nachdem die ersten Deportationen aus Berlin im Herbst 1941 stattgefunden hatten. Schon 1964 berichtete er: „Es war in der ersten Zeit nicht so schlimm mit dem Abholen, aber das verschärfte sich dann von Zeit zu Zeit immer mehr. Bis dann die großen Judenabholungen einsetzten und [...] viele von diesen Juden dann eben untertauchten und darin zu mir kamen mit der Bitte, ob ich nicht in der Lage wäre, ihnen zu helfen. Ja, in verschiedenen Fällen konnte ich das auch tun, natürlich nicht in allen, es kamen sehr, sehr, sehr viele Leute, mehr als wie ich grade unterbringen konnte.“⁷ In der ersten Zeit begleitete Otto Jogmin mit seinem Handwagen auch zur Deportation aufgeforderte Juden in die Sammellager, vor allem in das in der Levetzowstraße.

In den Jahren zwischen 1941 und 1945 versteckte Otto Jogmin immer wieder verfolgte Jüdinnen und Juden entweder im Keller des Hauses, in leerstehenden Wohnungen oder in der Portiersloge im Vorderhaus.

Eine Verfolgte, Margarete Asch, hatte Otto Jogmin in seinen eigenen Worten im Winter 1942 auf



Otto Jogmin, um 1985

der Straße vor dem Haus „aufgebahrt“. Sie war vor einer Gestapo-Razzia aus einer Pension geflohen und hatte keine Bleibe mehr. Otto Jogmin stellte ihr seine Portiersloge, eine kleine Wohnung, zur Verfügung – er versorgte sie mehr als zwei Jahre und stellte sie als seine „Tante“ unter dem Namen Lehmann vor, die ausgebombt worden sei. 1943 nahm Otto Jogmin auch die Schwester von Margarete Asch, Antonie Liebau, deren Mann und dessen Schwester auf und brachte sie mit einem Trick – ebenfalls als Ausgebombte – in einer leerstehenden Wohnung im Haus unter falschem Namen unter.

Mehrere Verfolgte versteckte Otto Jogmin auch im unübersichtlichen Keller des Hauses. Er richtete die Räume wohnlich her, legte elektrische Leitungen und installierte provisorische sanitäre Einrichtungen. Er nutzte selbst die seit Herbst 1939 aus Luftschutzgründen vorgeschriebenen Mauerdurchbrüche, um im Notfall einen Fluchtweg für seine Versteckten zu haben.

Es ist heute kaum vorstellbar, was dies im Berlin der Jahre 1943 bis 1945 bedeutete. Ein großes Problem war die Versorgung der Versteckten mit Lebensmitteln. Hier ging Otto Jogmin weitere große Risiken ein. Er versorgte sich auf dem Schwarzmarkt, fuhr aufs Land, um dort ohne Lebensmittelmarken einzukaufen und versuchte immer wieder, die Situation der Untergeachteten zu verbessern. Er verkaufte dafür sogar seine eigene Briefmarkensammlung.

Er selbst beschrieb es so: „Es waren ja nachher so viele Leute da, die vor den Bomben ausgerissen waren, ich hatte ja so viele leerstehende Wohnungen gehabt, ich konnte so viele unterbringen. [...] Denn es waren viele, nicht, die ihre Wohnung hier im Stich ließen und irgendwo aufs Land gegangen waren. Darunter auch sogar ein General, der im Hauptquartier beschäftigt war, einer der mich noch reklamiert hatte, der sogar auch.⁸ Der hat seine Familie aufs Land gebracht. Und in seiner Wohnung – seiner Wohnung – habe ich Juden versteckt.“⁹

Otto Jogmin wurde denunziert und mehrfach von der Gestapo verhört. Er stritt alle Beschuldigungen ab und wirkte dabei offenbar glaubwürdig. In allen Interviews benennt Otto Jogmin nur einen Helfer, der ihm „Illegale abgenommen“ habe. Dabei handelte es sich um Dr. Edwin Tietjens, den Jogmin als „großen Helfer“ bezeichnete. Tietjens, der 1997 ebenfalls von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ postum geehrt worden ist, war promovierter Psychologe und Werbefachmann, der eine leitende Position im bekannten Schuhhaus Leiser einnahm. Unter dem Pseudonym „Peter Tarin“ veröffentlichte Tietjens gemeinsam mit dem Dramatiker Adam Kuckhoff 1941 den regimekritischen Kriminalroman „Strogany und die Vermissen.“ Gemeinsam mit Kuckhoff gehörte Tietjens auch zum engeren Kreis um Arvid Harnack, der Tietjens 1941 für eine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Nachrichtendienst empfahl.¹⁰

Über eine ehemalige Mieterin im Haus, Frau Rasmussen, kam Jogmin in Kontakt mit Tietjens, der die Familie Arthur und Frieda Heynemann sowie ihre Toch-

ter Ruth Heynemann im Februar 1943 auf seinem Gut „Alte Ziegelei“ in Buckow unterbrachte. Hier blieben sie bis zur Befreiung Ende April 1945. Nachdem Edwin Tietjens im Mai 1944 verstorben war, wurden sie von seiner Frau Luigina von Fabrice versorgt. Auch diese wurde später von Yad Vashem geehrt.

Wir wissen nicht, was Otto Jogmin die Kraft zu seinen risikoreichen Hilfsaktionen gab. Er ist jedoch ein Beispiel dafür, was möglich gewesen wäre, wenn mehr Deutsche bereit gewesen wären, ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu helfen.

Otto Jogmin hat sein Handeln einmal so beschrieben: „Mit den Menschen, es gab ja keine Entschließung [zu helfen], es gab ja überhaupt gar nichts – was – wo ich fragen konnte, ob das Recht oder Unrecht, das gabs ja nicht, nicht wahr. Ich war der einzige der [helfen konnte], und da ich von Hause aus – meine Mutter ebenso – ein Mensch war, der so mitleidig war, nicht wahr, da konnte ich einfach nicht anders. Ich habe auch gar nicht überlegt, also überhaupt nicht, denn wenn ich ehrlich überlegt hätte, hätte ich vieles vielleicht überhaupt gar nicht gemacht.“¹¹

Otto Jogmin half, wo andere wegsahen. Deshalb ist es gut, dass diese Gedenktafel ab heute an ihn erinnert.

Johannes Tuchel

Prof. Dr. Johannes Tuchel ist Politikwissenschaftler und leitet seit 1991 die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

1) Landesarchiv Berlin, B Rep. 078, Zug. 6026, Nr. UH 4, Kt. 1, Verfügungsexemplar der Urkunde vom 9. November 1958.

2) <https://www.gedenkstaette-stille-helden.de/stille-helden/biografien/biografie/detail-516>

3) Doris Tausendfreund, Rettung von Juden in Berlin in den Jahren 1941–1945, Magisterarbeit an der Technischen Universität Berlin, Berlin 1998, S. 78 ff.

4) Marion Neiss, Berlin Wielandstraße 18 – ein ehrenwertes Haus, in: Wolfgang Benz (Hg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003, S. 51 ff.

5) Geburtsurkunde Standesamt Schöneberg, Nr. 1593 vom 5. Dezember 1894.

6) So auch die Berufsangabe in der Heiratsurkunde von Otto Jogmin und Margarete Ida Weiss vom 7. Juli 1917, Standesamt Charlottenburg Nr. 375.

7) „...und tue desgleichen“. Von Menschen, die überleben halfen 1933-1945. ARD-Reportage vom 10. März 1964. Abschrift in: Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Gedenkstätte Stille Helden (GSH), Dossier Otto Jogmin.

8) Hierbei könnte es sich um Oberstleutnant Ludolf Gerhard Sander handeln, der 1943/44 in Hitlers Hauptquartier „Wolfschanze“ als Nachrichtenoffizier tätig war. Die Personenidentität konnte aber nicht gesichert werden, da im Adreßbuch für die Wielandstraße 18 nur ein „Sander, H., Oberstleutnant“ erscheint.

9) Interview mit Otto Jogmin vom 31. Mai 1985. Abschrift in: Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Gedenkstätte Stille Helden (GSH), Dossier Otto Jogmin.

10) Archiv des Auslandsnachrichtendienstes Moskau, Akte „Korsikanez“, Nr. 34118, Band 1, Blatt 71. Vgl. auch Boris Chawkin/Hans Coppi/Juri Zorja, Russische Quellen zur Roten Kapelle, in: Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tuchel, Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 104 ff, hier S. 115 ff.

QUELLEN ZU DEN DEPORTATIONEN AUS BERLIN

Anmerkungen zur Recherche und Forschung



Das Buch erschien mit der ISBN 978-3-86331-770-6 im Oktober 2024 und steht über die Webseite des Metropol Verlages auch als Open Access PDF zum Download zur Verfügung.

Im November 2020 fand eine von der damals noch existierenden Abteilung Forschung und Bildung der Arolsen Archives organisierte Tagung zu Deportationen von Jüdinnen und Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus statt. Die ursprünglich in Potsdam geplante und dann wegen der Corona-Pandemie ins Netz verlegte internationale Konferenz mit rund 300 Teilnehmenden hatte einerseits neuere Forschungen zu Deportationen im gesamten deutsch beherrschten Europa zum Gegenstand, andererseits standen Quel-

len zu den Deportationen im Fokus. Bei den Quellen wurde insbesondere deren Zugänglichkeit, Erschließung und Auswertung diskutiert. Ausgangspunkt der Überlegungen hierzu waren die in den verschiedenen Beständen der Arolsen Archives verwahrten und erst seit der Öffnung des Archivs im Jahre 2007 für die Forschung zugänglichen historischen Dokumente. Dabei handelt es sich nicht nur um die von der Gestapo und SS erstellten Transportlisten, sondern beispielsweise auch um personenbezogene Dokumente aus unterschiedlichen Konzentrationslagern sowie Unterlagen aus der Nachkriegszeit. Hierzu gehören u.a. Karteien des American Joint Distribution Committees und Verwaltungsunterlagen zu Displaced Persons, zu denen die Alliierten neben verschleppten Nichtdeutschen auch deutsche Jüdinnen und Juden zählten.¹

Eine besondere Bedeutung nahmen bei der Tagung die Quellen zu den Deportationen der Jüdinnen und Juden aus Berlin ein. Die Überlieferung zur Deportation, zu den Verfolgungswegen und zu den Biographien der etwa 50.000 aus Berlin in den Jahren 1941 bis 1945 deportierten Jüdinnen und Juden ist disparat und über viele Archive verteilt. Kopien der Transportlisten, die oftmals der Ausgangspunkt für Recherchen etwa für die Verlegung von Stolpersteinen sind, befinden sich gleich in mehreren Archiven. Diese Listen wurden von der Berliner Gestapo erstellt und enthalten neben den Namen und Geburtsdaten der Deportierten u.a. Angaben zu den letzten Wohnadressen. Während die Originale verschollen sind, sind für die meisten Transporte Durchschläge im Bestand des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg überliefert, die zusammen mit den sogenannten Vermögenserklärungen nach Abschluss eines Transports von der Gestapo zum „Vermögenseinzug“ dorthin übermittelt wurden. Im Jahr 1953 wurden die Transportlisten von der Berliner Finanzverwaltung an den International Tracing Service (ITS, heute bekannt als Arolsen Archives) abgegeben, während Kopien der Listen sowie die Vermögensakten mit den Vermögenserklärungen in Berlin verblieben. Letztere wurden nach der Wende im Zuge von Bestandsbereinigungen vom Landesarchiv Berlin an das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam abgegeben, wo sie seitdem

verwahrt werden. Seit kurzem sind die Vermögensakten vollumfänglich digitalisiert und im Internet einsehbar.² Auch die Transportlisten sind über das Internet verfügbar, sowohl im Online-Archiv der Arolsen Archives als auch auf der privat betriebenen Seite „Statistik des Holocaust“. Im Online-Archiv der Arolsen Archives befinden sich auch weitere Dokumente mit Bezug zu Berlin; neben den oben angeführten Beständen ist hier vor allem ein von der Jüdischen Gemeinde im August 1945 erstelltes Verzeichnis mit den Namen von Überlebenden erwähnenswert. Eine weitere einschlägige serielle Quelle stellen die Daten der Volkszählung aus dem Jahr 1939 dar, die Auskunft über die Adressen von Jüdinnen und Juden in der Stadt geben. Dieser Bestand befindet sich im Bundesarchiv und bilden eine zentrale Quelle des von dort betriebenen Online-Gedenkbuchs. Die Daten der Volkszählung wurden zudem auf der Webseite „Mapping the Lives“ des Vereins Tracing the Past e.V. verarbeitet, auf der sowohl nach Adressen als auch nach Namen gesucht werden kann. Auch die Berliner Adressbücher sowie das Jüdische Adressbuch aus den Jahren 1929 und 1931 sind mittlerweile – über die Seite der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – online verfügbar. Schließlich sind Bestände und Datenbanken in verschiedenen im Ausland befindlichen Einrichtungen zu erwähnen, die ebenfalls für die Recherche zu den Deportationen aus Berlin relevant sind, insbesondere Yad Vashem in Jerusalem, das US Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. und die Wiener Library in London.³

Die Aufzählung der online verfügbaren Quellen zeigt, wie leicht mittlerweile biografische Recherchen geworden sind. Für Recherchen zu Verfolgungswegen und Biographien stellen die Internetressourcen zweifellos nicht nur einfache, sondern auch schnelle Zugänge dar. Die einfache Zugänglichkeit von Quellen darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese nicht nur bei biografischen Recherchen quellenkritisch eingeordnet und kontextualisiert werden müssen.

Gleichwohl existieren zahlreiche relevante Quellen, die nicht digitalisiert bzw. online verfügbar sind. Hierzu gehören insbesondere die Entschädigungsakten, die

im Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten einsehbar sind. Diese Akten enthalten oftmals Schriftstücke von Überlebenden mit zahlreichen Details zu den Biografien von Deportierten. Auch die sogenannten Korrespondenzakten (Tracing and Documentation [TD-] Files), die im ITS angelegt wurden und oft einschlägige Hinweise auf Verfolgungswege von Deportierten geben, sind nicht online verfügbar, sondern müssen beim Reference Service der Arolsen Archives angefragt werden.

Das eigentliche Potential digitalisierter Quellen liegt jedoch weniger in der schnellen Suche nach Informationen zu einzelnen Biografien und Verfolgungsweisen, sondern in der Verknüpfung der Metadaten. Was bedeutet dies? Um einzelne Dokumente in (Online-) Datenbanken auffindbar und damit den jeweiligen Bestand durchsuchbar zu machen, sind die wichtigsten (seriellen) Informationen der Quelle als Metadaten hinterlegt, z.B. in Form von Namen, Adressen usw. Werden die Metadaten verschiedener Bestände miteinander verknüpft und/oder mit einem Geographischen Informationssystem (GIS) bearbeitet, lassen sich dadurch Strukturen darstellen, wie etwa Umzugsbewegungen, örtliche oder zeitliche Konzentrierungen, sowie Verfolgungswege einer definierten Gruppe. Die Bearbeitung von quantitativen Fragestellungen, die für die Erforschung der nationalsozialistischen Verfolgung im Allgemeinen und den Deportationen im Besonderen ebenso wichtig sind wie qualitative Untersuchungen, werden dadurch deutlich einfacher.

Im vom Aktiven Museum und der Koordinierungsstelle Stolpersteine durchgeführten Projekt „Zwangsräume“ bildete die Verknüpfung der Metadaten der Volkszählung mit denen der Transportliste eine wesentliche Grundlage der Forschung. Erst dadurch wurde es möglich, die Zahl der „Judenhäuser“ in Berlin einzugrenzen und ihre räumliche Konzentrierung abzubilden. Detailliert wird dies in der im Oktober 2024 erschienenen Begleitpublikation beschrieben.⁴ Dort befinden sich auch weitere quantitative und qualitative Ausarbeitungen zum System der „Zwangswohnungen“. Aber auch mit Abschluss des Projekts bleiben zahlreiche Forschungslü-

cken in Bezug auf die Verfolgung und Deportation der Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Berlin bestehen. Mit der skizzierten Quellsituation waren die Voraussetzungen für die Bearbeitung von Fragestellungen, die über einzelne Biografien hinausgeht, noch nie so gut – es muss nur gemacht werden.

Akim Jah

Dr. Akim Jah ist Leiter der Abteilung Forschung und Dokumentation in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Mitglied im Vorstand des Aktiven Museums.

1) Zu den in den Arolsen Archives überlieferten Quellen zu den Deportationen siehe: Kim Dresel/Christian Groh: An Overview of Sources on Deportations of Jews and Sinti and Roma in the Arolsen Archives, in: Henning Borggräfe/Akim Jah (Hrsg.): *Deportation in the Nazi Era. Sources and Research*, Berlin/Boston 2023, S. 55-81. Die gesamte Publikation, die die Beiträge der Tagung dokumentiert, ist kostenlos downloadbar unter: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783110746464/html?lang=de>.

2) Zum Bestand siehe: Dominic Strieder: „Betrifft: Einziehung von Vermögenswerten“. Der Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg als Beteiligter beim behördlichen Zugriff auf „Zwangsräume“ in Berlin, in: Akim Jah/Christoph Kreuztmüller (Hrsg.): *Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939-1945*, Berlin 2024, S. 57-76. Die gesamte Publikation ist kostenlos downloadbar unter: <https://metropol-verlag.de/texte-zum-download>.

3) Zu den Recherchewegen siehe auch: <https://www.stolpersteine-berlin.de/de/engagement/recherchieren> sowie Katharina Kretzschmar: *Stolpersteine und Zwangsräume. Freiwillige und unfreiwillige letzte Wohnorte – Recherchewege am Beispiel des Berliner Bezirks Tempelhof-Schönberg*, in: *Zwangsräume* (wie FN 2), S. 345-358.

4) Siehe Henning Borggräfe: *Die räumliche Konzentration der jüdischen Bevölkerung Berlins. Eine quantitative Untersuchung zu potentiellen „Judenhäusern“ und Wohnsitzveränderungen*, in: *Zwangsräume* (wie FN 3), S. 299-320.

MÖCKERNKIEZ-GEDENKKONZERT FÜR ILSE WEBER, VIKTOR ULLMANN, HANS KRÁSA UND GIDEON KLEIN AM 13. OKTOBER 2024

In Theresienstadt hielt der NS-Staat neben Tausenden jüdischen Mitbürger:innen auch die komponierende Sängerin Ilse Weber und die Komponisten Hans Krása, Viktor Ullmann, Pavel Haas und Gideon Klein gefangen. Heimlich arbeiteten diese neben ihren Zwangsdiensten an ihren Kompositionen weiter. Mit Aufmerksamkeit hörten ihre Mitgefangenen ihnen zu. 1944 nutzte die SS die Gefangenen, um in dem NS-Propagandafilm „Theresienstadt. Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“ das Lagerghetto als großzügige, wohlfahrtsstaatliche Siedlung mit Konzerten, Sportveranstaltungen und Vorträgen darzustellen.

Wenige Stunden nach Beendigung der Filmaufnahmen begann am 16. Oktober 1944 der Abtransport der im Film vorgeführten Komponierenden und Vortragenden nach Auschwitz in den Tod. Zum 80. Jahrestag veranstaltete die AG „Erinnerung Gleis 1“ des Möckernkiez e.V. am 13. Oktober 2024 im Forum des Möckernkiezes – errichtet auf den Gleisen des Anhalter Bahnhofs, von wo aus Züge nach Theresienstadt fuhren – ein Gedenkkonzert mit Vorträgen.

Der Bass Wolfgang Biebuyck von der Staatsoper Berlin und das Streichtrio Margarethe Niebuhr, Manon Gerhardt und Aaron Biebuyck von der Deutschen Oper Berlin führten die Stücke „Empfindung“, „Die Freunde (Rimbaud)“ und „Tanz für Streichtrio“ von Hans Krása (1899–1944) und das „Streichtrio“ von Gideon Klein (1919–1945) auf. Außerdem „Adé Kamerad!“ sowie „Und der Regen rinnt“ (in einer von Noel Engel für Streichtrio bearbeiteten Version) von Ilse Weber (1903–1944). Von Viktor Ullmann (1898–1944) erklangen „Drei Lieder“ für Singstimme und Streichtrio sowie „Herbst“, eine Vertonung eines Gedichts von Georg Trakl. Nie vorher hatten die Aufführenden die Stücke

gespielt. Erstmals hatten sie sie für das Gedenkkonzert einstudiert. Jetzt übernehmen sie sie in ihr Repertoire – neben allen lehrreichen politischen Analysen ein absoluter Glücksfall aktiven Gedenkens einer durch Mord abgebrochenen musikalischen Tradition.

In den weiteren Gedenkvorträgen ging Dr. Albrecht Dümling auf „Die Geschichte der Komponisten von Theresienstadt“ ein. Theresienstadt war der einzige Ort im gesamten vom Deutschen Reich beherrschten Gebiet, in dem Mahler und die zeitgenössische Musik gespielt wurden – neben Bach und Beethoven, denn die Musiker weigerten sich, sich auf „jüdische“ Komponisten zu beschränken, wie es der NS-Staat wollte.

Der Dirigent Titus Engel führte aus, wie die Tradition der Kombination von zeitgenössischer (auch Zwölfton-)Musik mit stark rhythmischen und volksliedhaften Elementen durch die Zeit der Verfolgung und Ermordung zunächst abgebrochen sei. Denn die Neue Musik knüpfte nach 1950 an derartige Kompositionen nicht wieder an. Erst 30 Jahre später fing eine neue Generation – ohne Erinnerung an die Ermordeten – wieder an, nach ähnlichen Prinzipien wie diese zu komponieren.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schrieb: „Dass die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ‚Erinnerung Gleis 1‘ im Möckernkiez sich für das Gedenken an die nach Theresienstadt deportierten und später in Auschwitz ermordeten Künstlerinnen und Künstler einsetzen und so ihr Werk und ihre Geschichten nicht in Vergessenheit geraten lassen, dafür dankt der Bundespräsident Ihnen allen.“

Johann Behrens

Prof. Dr. Johann Behrens organisierte das Konzert für die Arbeitsgemeinschaft „Erinnerung Gleis 1“ (https://moeckernkiez-ev.de/Wordpress_MK/erinnerung-gleis-1/) zusammen mit dem Dirigenten Titus Engel.

ERHÄLTICHE PUBLIKATIONEN IM SELBSTVERLAG DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

10,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

10,00 Euro, incl. CD-ROM

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de